

Antrag Nr. 24-F-22-0072

CDU und FDP

Betreff:

Wiesbadens Wirtschaft wirksam unterstützen
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 13.11.2024 -

Antragstext:

Seit Jahren scheitert eine Ausweisung weiterer Flächen an den unterschiedlichen Auffassungen der am Linksbündnis beteiligten Fraktionen und Parteien zur zukünftigen Stadtentwicklung. Sämtliche Entscheidungen werden verschoben und sollen (irgendwann) im Rahmen der Novellierung des Flächennutzungsplanes getroffen werden. Stattdessen werden die Wiesbadener mit immer neuen Konzepten abgespeist, die eine Verbesserung in ferner Zukunft prophezeien.

Der eklatante Mangel an Gewerbeflächen schadet dem Wirtschaftsstandort Wiesbaden jedoch schon heute massiv. Neue Unternehmen können nicht angesiedelt werden, wachsende Unternehmen müssen in andere Gemeinden ziehen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden entgehen so nicht nur erhebliche Gewerbesteuererinnahmen, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze, die angesichts der im regionalen Vergleich hohen Arbeitslosenquote dringend benötigt werden.

Angesichts dieser dramatischen Lage dürfen die notwendigen Entscheidungen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Bestehende Erweiterungs- und Nachverdichtungspotentiale müssen so schnell wie möglich gehoben und Grundsatzentscheidungen zur zukünftigen Bereitstellung von Gewerbeflächen getroffen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten,
 - a. wie viele Unternehmen mit wie vielen Arbeitsplätzen in den letzten drei Jahren unter Betreuung des Referats für Wirtschaft und Beschäftigung angesiedelt werden konnten.
 - b. wie viele neue Gewerbeflächen in den vergangenen drei Jahren neu ausgewiesen wurden.
- 2) Flächenpotentiale in den bestehenden Gewerbegebieten zu heben, z.B. durch
 - a. eine Anpassung der Bebauungspläne bezüglich Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl und (sofern anwendbar) Baumassenzahl, um eine Nachverdichtung der Gewerbegebiete zu ermöglichen.
 - b. die bauliche Erweiterung der Gewerbegebiete durch Einbezug angrenzender unbebauter Flächen
 - c. den Ankauf von (Teil-)flächen, deren Entwicklung und anschließende Vermarktung (z.B. durch die städtischen Entwicklungsgesellschaften)
- 3) die Planungen für das Gewerbegebiet südlich des Stadtquartiers im Ostfeld wieder voranzutreiben, um eine zügige Realisierung zu ermöglichen.
- 4) für die im gültigen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Potentialflächen für Gewerbegebiete zügig Baurecht zu schaffen.
- 5) beim Referat für Wirtschaft und Beschäftigung einen One-Stop-Shop zu schaffen, der
 - a. allen ansiedlungswilligen Unternehmen einen Ansprechpartner stellt, der sie durch alle bei der Um- bzw. Ansiedlung entstehenden Kontakte mit der Stadtverwaltung unterstützend begleitet.

Antrag Nr. 24-F-22-0072
CDU und FDP

- b. Wiesbadener Unternehmen bei Unklarheiten über den Verwaltungsablauf berät.
 - c. im Konfliktfall zwischen Stadtverwaltung und Wirtschaft vermittelt, um so langwierige und teure juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden.
- 6) Verkehrspolitik und den Zustand der Infrastruktur als Wirtschaftsfaktor anzuerkennen und durch geeignete Maßnahmen
- a. eine umfassende Beschleunigung und bessere Koordination der verschiedenen Bauvorhaben im Stadtgebiet zu ermöglichen.
 - b. die verkehrliche Erreichbarkeit von Wirtschaftsbetrieben, Firmen und Unternehmen bereits bei der Planung von (Groß)-Bauvorhaben durch alle Verkehrsträger (Individualverkehr und ÖPNV) mitzudenken und sicherzustellen.
 - c. bei der Erschließung neuer Gewerbeflächen die Erreichbarkeit dieser mit allen Verkehrsträgern (Individualverkehr und ÖPNV) sicherzustellen und insbesondere eine gute Anbindung an den Wiesbadener Hauptbahnhof zu gewährleisten.

Wiesbaden, 14.11.2024

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Daniela Georgi
Fraktionsvorsitzende

Daniel Butschan
Fraktionsgeschäftsführer